

v9/ae

STAENDIGE WIRTSCHAFTSDELEGATIONProtokollnotiz über die Sitzung vom 4.5.1977Zum 1. Traktandum "EFTA-Gipfel" (Wien 13.5.77)

Einleitend umreisst der Vorsitzende, Direktor Jolles, den derzeitigen Stand der Vorbereitungsarbeiten: Seit unserer letzten Sitzung hat sich keine Aenderung der Marschroute ergeben. Der schweizerische Vorschlag, vorgängig zum Gipfel ein Communiqué zu Papier zu bringen, hat sich als heilsam erwiesen, da die gemeinsame Basis der 7 Staaten sehr klein ist. Die Finnen scheinen in ihrer Handlungsfähigkeit vor allem gegenüber der EWG eingeschränkt zu sein, während die Norweger auf Grund ihrer an nähernden "EG-Fähigkeit" ambitiösere Vorschläge unterbreitet haben. Die schweizerische Stellungnahme erwies sich hier allgemein als komfortable Mitte.

Die Pressemitteilung enthält ein protokollarisches und zusammenfassendes Communiqué einerseits und eine ihm beigefügte Erklärung andererseits. In der Erklärung selbst sind folgende 10 Punkte enthalten:

1. Die wirtschaftliche Lage und Rolle der EFTA-Staaten in der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Neben einer Erwähnung des Londoner Gipfels wird das Interesse der EFTA-Staaten an Lösungen im Rahmen der OECD betont. Dem Wunsch der nordischen Staaten, auf die Sitzung des Konsultativ-Ausschusses in Stockholm einzugehen, wurde nach einigen Abstrichen schliesslich zugestimmt.

2. Die Verwirklichung eines 16 Staaten umfassenden Freihandelsraumes stellt einen Markstein in der Entwicklung der Europäischen Zusammenarbeit dar. Das Freihandelskonzept erwies sich allen Zweifeln zum Trotz auch in der Rezession als tragfähig.

3. Die Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb der EFTA soll im Rahmen der Stockholmer Konvention, die weder überschritten noch revidiert werden soll, erfolgen. Es geht daher neben der Sicherung des Freihandels auch um eine gewisse Akzentuierung der EFTA als Rahmen für Konsultationen und Diskussionen in Wirtschaftsfragen von gemeinsamem Interesse. Auch die gemeinsame Prüfung von Fragen, die in anderen Wirtschaftsorganisationen diskutiert werden, stellt nichts Neues dar. Zudem implizieren ein Meinungs austausch und eine Konsultation keine Koordination oder gar Harmonisierung.

4. Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den EG

Hier war es aus den bekannten Gründen besonders schwierig, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Die Formulierung soll zudem Brüssel nicht schockieren, aber substantiell genug sein, um ein positives Echo seitens der Gemeinschaft auszulösen. Dies umso mehr, als bei den EG derzeit die Tendenz herrscht, alle Beziehungen möglichst informell zu gestalten. Der schliesslich gutgeheissene Text ist nicht vollends befriedigend, doch hat er uns gestattet, verschiedene Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Es geht dabei insbesondere um freieren Zugang zur Versorgung (Nichtdiskriminierung auf der Einfuhrseite muss eine Nichtdiskriminierung auf der Ausfuhrseite nach sich ziehen), Abstimmung bei der Rechtssetzung und Konsultationen. Eine Verlängerung der Liste der verarbeiteten Nahrungsmittel ist anzustreben. Die Landwirtschaft wird nur im Hinblick auf die Lösung bestehender Probleme als möglicher Gegenstand genannt.

5. Portugal

Die Beitrittsabsichten Portugals zu der EG werden mit Sympathie zur Kenntnis genommen.

6. Abrundung des Freihandelsraums

Multilaterale GATT-konforme Interimsabkommen mit den beitragswilligen Staaten sind erstrebenswert. Damit wird die Erweiterung der Gemeinschaft, d.h. die Uebernahme des "Acquis communautaire durch die betreffenden Staaten", harmonisch vorbereitet (vgl. Traktandum Nr. 2: Spanien).

7. Jugoslawien

Eine Intensivierung der Beziehungen kann ins Auge gefasst werden. Es ist aber dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Jugoslawien kein marktwirtschaftlich orientiertes Land ist.

8. Ost/West-Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

Diese Beziehungen können - im Lichte Helsinkis - auf der Basis voller Reziprozität ausgedehnt werden. Zudem wird auf die ECE sowie auf deren Funktion im Umweltschutz hingewiesen.

9. Bekanntnis zur liberalen Welthandelsordnung

Ausser einer Grundsatzklärung enthält dieses Kapitel einen Hinweis auf den OECD Trade Pledge und das GATT.

10. Entwicklungszusammenarbeit

Es wird der Hoffnung auf wesentliche Fortschritte in der Nord/Süd-Konferenz Ausdruck verliehen. Zudem wird auf UNCTAD und GATT hingewiesen.

Generalsekretär Weitnauer skizziert den Gipfel aus der Sicht des EPD, das der Idee Kreiskys - mit einigen Vorbehalten - von Anfang an relativ positiv gegenüber gestanden ist. Der Gipfel ist zu verstehen als eine Manifestation der kleinen, aber wichtigen und welthandelspolitisch stark verflochtenen Demokratien. Eine Profilierung sollte vor allem den USA gegenüber erfolgen, da hier ein Nachholbedarf an politischen Beziehungen besteht. Zudem wird die EFTA noch sehr lange Zeit eine Rolle zu spielen haben, Rolle, die aus politischer Sicht im Sinne eines Symbols einer Gruppe von demokratischen Ländern zu verstehen ist, die ihre Souveränität nicht zu Gunsten einer supranationalen Behörde aufzugeben gewillt sind. - Auch der Europarat wird, obgleich eine politische Zusammenarbeit hier nur beschränkt möglich ist, immer wichtiger. Es sei auch auf eine jüngste Initiative der BRD hingewiesen, die auf eine Vermehrung der Kontakte mit den westeuropäischen Nicht-EG-Staaten hinzielt. Eine Intensivierung unserer bilateralen Diplomatie hat begonnen. Da wir die Darlegungen Kreiskys noch nicht kennen, ist das Communiqué sehr wichtig, sichert es doch einen gut ausgewogenen Kompromiss.

Nationalrat Fischer äussert sich befriedigt darüber, dass keine weitergehenden Schritte geplant sind. Die Veranstaltung ist offenbar für das Publikum bestimmt, und es sind auch keine Versuche zu einer institutionellen Annäherung an die EWG erkennbar. Indessen ist es innenpolitisch schwer verständlich, dass internationale Beziehungen so auffällig gepflegt werden. Daher zeige ich mich über die Äusserungen Botschafter Weitnauers nicht sehr glücklich. Da eine Gipfelidee selten alleine kommt, muss besonders von einer Institutionalisierung des Vorhabens gewarnt werden. Nicht Euphorie, sondern helvetische Nüchternheit ist am Platz.

Direktor Winterberger ist von der erfolgten Orientierung befriedigt. Auch "Stockholm" kam gut heraus, weil das ausserordentliche Vorhaben seriös vorbereitet war. Indessen sind gerade im Hinblick auf Inflations-

- 4 -

bekämpfung die "concerted actions" zu vermeiden. Dies umso mehr, als die Notenbanken eine gute Zusammenarbeit pflegen. Kreisky müsste als Beitrag zur Sicherheit Westeuropas eher etwas für die Verteidigung tun. Sozialharmonisierungen sind abzulehnen.

Direktor Juri ist mit dem Exposé einverstanden. Es bestehen Begehren nach einer Verlängerung der Liste der verarbeiteten Nahrungsmittel. Unter den Bauernverbänden - ausser mit Italien, das abseits steht - besteht eine gute Zusammenarbeit.

Direktor Jolles berichtet über seinen Besuch bei EG-Kommissär Gundelach. In Bezug auf Pfirsiche und verarbeitete Landwirtschaftsprodukte gab Gundelach zu, dass die lineare Restitutionspraxis zu undifferenziert sei. Doch sei es schwierig, bestehende Zustände zu ändern. Ganz allgemein haben sich direkte Konsultationen bewährt.

Nachdem Direktor Jolles die Organisation des Gipfels einlässlich dargestellt hat, geht er auf die technischen Probleme der Berichterstattung ein. Insbesondere besteht schon am Mittag (nach Abschluss des ersten Teils) "die Möglichkeit, die Presse zu treffen". Dies offenbar deshalb, weil vor 17.00 Uhr für die Wochenendpresse Redaktionsschluss ist, so dass die offizielle Berichterstattung (die auf Communiqué und Erklärung Bezug nimmt) erst am Montag erfolgt. Dieses Prozedere ist u.U. nicht unproblematisch. Indessen werden wir auch die Schweizer Presse rechtzeitig zu orientieren suchen.

Abschliessend stellt der Vorsitzende fest, dass die dargestellte Marschroute die allgemeine Zustimmung gefunden hat.

5 mai 1977
vW/rs

Zum 2. Traktandum "Spanien"

Der Vorsitzende, Direktor Jolles, ruft in Erinnerung, dass dem EFTA-Generalsekretär in Lissabon der Auftrag erteilt worden war, mit Spanien und Griechenland exploratorische Gespräche aufzunehmen. Diese sind gut vorangekommen:

Die Motivation ist folgende: Spanien hat 1970 mit der EWG ein Präferenzabkommen abgeschlossen (abgekürzt "ESA" [EEC-Spain-Agreement]), durch welches die EWG der Sechs eine Zollreduktion von 60 % auf dem industriellen Sektor und eine solche von 40 bis 50 % für rund 3/5 der spanischen Agrarprodukte gewährt. Spanien seinerseits hat im gewerblichen Bereich Zollsenkungen von 25 bis 60 % vorgenommen und für ausgewählte Landwirtschaftserzeugnisse Präferenzen erteilt sowie auf gewissen Milch- und Käsepositionen Zugeständnisse gemacht. Wird Spanien Mitglied der EWG, so gelangt das FHA zur Anwendung. Aus schweizerischer Sicht drängt es sich nun auf, auf dem spanischen Markt während der bis zum Beitritt verstreichenden Zeit durch den der EWG gewährten Zollabbau nicht diskriminiert zu werden. Zwar hätten wir einem Modell im Sinne der FHA-Lösung den Vorzug gegeben. Spanien indessen hat lediglich eine Lösung angeboten, die weitgehend dem ESA-Modell entspricht, weil Madrid verständlicherweise versucht, angesichts der relativ geringen industriellen Kapazität möglichst viel auf dem Agrarsektor herauszuholen. Dieser Vorschlag umfasst im wesentlichen folgende Punkte:

1. Die EFTA akzeptiert Spaniens Wunsch nach einer Lösung gemäss dem ESA-Modell.
2. Spanien verpflichtet sich beim Abschluss zur Gleichbehandlung EFTA/EWG auf einen Schlag.

- 6 -

3. Madrid würde sich verpflichten, alle kommenden Zollsenkungen, die Spanien der EG gibt, auch den EFTA-Staaten zu gewähren.
4. Bilaterale Agrarabkommen mit Spanien werden abgeschlossen.

Ein besonderes Problem besteht darin, dass das ESA-Modell bis auf weiteres keinen vollständigen Zollabbau vorsieht und deshalb GATT-widrig ist.

Die schweizerische Stellungnahme macht folgende Einschränkungen:

1. Das Eintreten auf den Verhandlungsvorschlag Spaniens heisst nicht, dass wir das ESA-Abkommen mitunterzeichnen. Vielmehr werden wir das Endziel des industriellen Freihandels zum Ausdruck bringen (GATT-Konformität).
2. Wir streben nach möglichst grosszügigen Ursprungsregeln, dabei sind folgende Alternativen denkbar:
 - a) Nur bilaterale Kumulation;
 - b) Diagonale Kumulation aller EFTA-Staaten mit Spanien;
 - c) Diagonale Kumulation aller EFTA-Staaten mit Spanien unter Einbezug von Waren mit Ursprung in der EWG auf autonomer Basis und ohne Reziprozität von seiten der EWG;
 - d) Kumulation unter den 17 Staaten auf vertraglicher und reziproker Basis.

Ziel des Vorgehens ist Variante d), die jedoch nur erreicht werden kann, wenn die EWG zustimmt. Es könnte als vorläufige Lösung bis zu Verhandlungsergebnissen mit Brüssel auf der Basis von Variante c) abgeschlossen werden.

3. Die Schweiz wird keine massgeblichen Agrarkonzessionen machen können. Spanien hat die unsererseits der EWG zugestandenen Landwirtschaftskonzessionen bereits erteilt, da sie erga omnes zur Anwendung gelangen. Zudem wurden den Spaniern gewisse Entwicklungsländer-Präferenzen

- 7 -

zen gewährt. Es wäre auch kaum sinnvoll, massgeblichen weiteren Agrarkonzessionen zuzustimmen und diese dann mit dem Beitritt Spaniens auf Grund der damit sich ergebenden Uebernahme der FH-Regelung wieder zu streichen. Jedenfalls ist unsere Flexibilität auf diesem Gebiet begrenzt; doch könnte ähnlich wie mit Dänemark-Portugal ein bilaterales Landwirtschaftsabkommen ins Auge gefasst werden.

Herr Jetzer bemerkt, dass im Chemiesektor eine Diskriminierung von 20 bis 30 % zu verspüren sei. Die Maschinen-, Chemie- und Textilindustrie ist ganz allgemein an Spanien interessiert. Dies unter Beachtung der Probleme sensibler Produkte, eines günstigen Kalenders und der Ursprungsregelung. Als mittelfristige Lösung käme auch die von Direktor Jolles als Variante c) aufgezeigte Handhabung der Ursprungsregelung in Frage. Wichtig ist dabei die Möglichkeit der diagonalen Kumulation (Zulieferungsbetriebe in der chemischen und der Maschinenindustrie).

Direktor Juri sagt, ein voller Ausschluss der Landwirtschaft aus dem Verhandlungspaket sei unrealistisch. Positiv zu vermerken ist die Tatsache, dass Spanien als ein potentieller Markt für Zuchtvieh und Käse angesehen werden kann.

Generalsekretär Weitnauer begrüsst aus der Sicht des EPD die Kontakte zu Spanien, die die Hoffnung nähren, dass Spanien bald seine Rückkehr zur demokratischen Völkerfamilie Europas bewerkstelligt haben werde.

Der Vorsitzende bittet den Bauernverband um Vorschläge für eine Landwirtschaftsausfuhrliste nach Spanien. Auch der VORORT möge seine Wünsche bezüglich "product coverage" anmelden. Indessen seien die spanischen Listen schon sehr komplett. Abschliessend weist Direktor Jolles nochmals darauf hin, dass der Endzustand die FHA-Regelung ist, Regelung, die nicht präjudiziert werden dürfe.

5 mai 1977
vW/rs

3. Conférence sur la coopération économique internationale (CCEI)

3.1. Discussion générale

Dans le cadre d'une introduction générale, MM. Jolles et Weitnauer ont en particulier souligné l'intérêt de la Suisse à un résultat positif de la CCEI en raison notamment des retombées que pourrait avoir, à long terme, un échec de celle-ci sur les relations entre pays industrialisés et pays en développement. M. Bieri a précisé qu'il partageait cet avis et qu'il regrettait d'autant plus que l'état des finances fédérales imposait des limites strictes à nos possibilités d'action dans le domaine de la coopération au développement. Le Vorort (M. Winterberger) a indiqué qu'il était important d'éviter un échec sans pour autant que le succès de la Conférence se répercute sur le degré de libéralité des relations économiques mondiales. L'Union suisse des arts et métiers (M. Fischer) a estimé que les pays industrialisés pratiquaient une politique à courte vue en matière d'aide au développement, qui ne visait en définitive qu'à retarder la banqueroute finale inévitable des pays en développement. Selon lui, les pays industrialisés devraient conduire à l'endroit de ces pays une politique de consolidation et d'assainissement plutôt que de favoriser leur endettement. En tant que pays neutre, la Suisse devrait faire preuve de retenue dans le Dialogue Nord-Sud d'autant plus qu'en cas d'échec de la votation des 11 et 12 juin, elle se trouverait confrontée à des difficultés pour faire face à de nouvelles obligations. M. Jolles a rétorqué que notre analyse globale de la situation ne conduisait pas au même jugement pessimiste et que l'interdépendance croissante entre pays industrialisés et pays en développement ne nous permettait plus d'ignorer l'importance du rôle joué par les pays en développement dans les relations économiques mondiales. MM. Juri et Winterberger ont partagé les vues exprimées par M. Jolles,

ce dernier soulignant par ailleurs le danger que pourrait avoir l'abandon des pays en développement dont profiterait en premier lieu le bloc communiste pour renforcer son influence.

3.2. Energie

La Délégation économique permanente s'est déclarée d'accord avec l'approche décrite dans la note du 29 avril. Le Vorort a fait remarquer qu'à court terme, la Suisse est certainement moins sensible que d'autres pays industrialisés à une hausse du prix du pétrole en raison notamment de l'excédent de sa balance des opérations courantes et de la part faible du coût de l'énergie dans ses produits. Toutefois, la Suisse, à plus long terme, sera indirectement touchée, notamment en raison des dangers d'application de mesures restrictives de la part de nos partenaires commerciaux. En ce qui concerne le maintien d'un forum de discussions sur l'énergie, M. Jolles a fait remarquer que les pays industrialisés ne devraient guère craindre une poursuite du Dialogue dans les autres domaines, étant donné qu'ils seront de toute façon traités dans des enceintes existantes.

3.3. Produits de base

M. Jolles a tout d'abord présenté les principaux problèmes qui se posent dans ce domaine et les solutions envisagées pour y remédier. Il a également précisé la position que la Suisse pourrait prendre à Paris en se référant aux éléments contenus dans la note du 29 avril.

M. Dunkel a rappelé que le marché de chaque produit de base présente des particularités qui lui sont propres et que seuls cinq à six produits paraissent pouvoir se prêter, dans le cadre d'accords internationaux, à des stocks régulateurs. Pris individuellement, chaque produit de base n'intéresse qu'un

- 10 -

certain nombre de pays producteurs en développement. Le Programme intégré (y compris le Fonds commun) exprime l'unité d'intérêt des producteurs des différentes matières premières. Etant donné la complexité de la matière, la mise en oeuvre du Programme intégré ouvre une phase quasi-permanente de négociations sur les matières premières. Lorsque des pays industrialisés sont exportateurs de matières premières, ils peuvent assumer eux-mêmes les risques financiers dus aux fluctuations excessives de prix, ce qui n'est pas le cas des pays en développement. En règle générale, les milieux économiques en Suisse admettent et même préconisent un dialogue permanent entre producteurs et consommateurs et portant sur tous les aspects du commerce de chaque produit (consommation, production, investissements, etc.). Ils estiment qu'un tel dialogue peut, dans de nombreux cas, et sans impliquer nécessairement d'interventions directes sur les marchés, contribuer effectivement à la stabilisation des marchés.

De l'avis du Vorort, le niveau des prix des produits de base joue certainement un rôle moins déterminant pour la Suisse que pour ses partenaires commerciaux, en raison de l'importance de la part de la valeur ajoutée dans ses produits. Bien qu'éprouvant une certaine compréhension pour l'approche proposée par la délégation suisse, M. Winterberger a attiré l'attention sur le danger que pourraient comporter, pour la sauvegarde de l'économie de marché, des interventions qui nécessairement en amèneraient d'autres. Il a en outre plaidé pour l'application dans les accords de produits d'une "fourchette-prix" aussi large que possible afin de sauvegarder l'essentiel du fonctionnement des lois du marché.

M. Jolles a indiqué qu'il nous serait certainement possible d'adopter une position plus dogmatique dans le domaine des produits de base si notre marge de manoeuvre était plus grande dans d'autres secteurs. Tout en partageant les vues

exprimées par M. Winterberger concernant le danger d'un interventionnisme croissant, M. Jolles a cependant fait remarquer que l'expérience dans le domaine des produits de base a montré qu'il pouvait parfois être peu favorable de laisser libre cours aux lois du marché. Nous devrions indiquer, à la CCEI, aux pays en développement - afin d'éviter de susciter chez eux de faux espoirs - les limites que nous entendons fixer au Programme intégré et notamment au rôle d'un Fonds commun qui ne devrait pas interférer dans les compétences des organes directeurs de chaque accord de produits. En ce qui concerne la fourchette, elle devrait être à la fois aussi large que possible afin de ne pas fausser fondamentalement les lois du marché et suffisamment étroite pour servir l'objectif d'une stabilisation des prix.

M. Jolles a conclu que la discussion avait montré que le Vorort était en mesure d'accepter la ligne proposée par la Suisse bien qu'il craigne que nous soyons conduits à aller au-delà de cette ligne dès l'instant où nous serions engagés dans les mécanismes de l'interventionnisme.

3.4. Transferts de ressources publiques vers les pays en développement

M. Jolles a présenté l'état de la situation dans ce domaine, les prestations envisagées de la part des pays industrialisés ainsi que les problèmes auxquels la Suisse est confrontée et les solutions qui pourraient lui permettre de sauvegarder, malgré ses difficultés budgétaires, sa crédibilité.

Tout en soulignant les difficultés d'ordre interne qu'il s'agit de surmonter, MM. Winterberger et Bieri reconnaissent pleinement la nécessité pour la Suisse d'augmenter ses contributions au titre de l'aide financière publique. M. Bieri a en outre mis en évidence les effets négatifs que pourrait entraîner une désolidarisation de la Suisse à l'égard des pays

- 12 -

industrialisés. Il a cependant fait remarquer que la marge de manoeuvre de la Suisse était limitée par le plan financier. Il s'agit par ailleurs de ne pas mettre en cause, à l'heure actuelle, l'importance des efforts entrepris par le Conseil fédéral pour procéder à des économies. En vue de la votation du 12 juin, on devrait absolument éviter de donner l'impression que la Confédération est prête à accepter de nouveaux engagements alors qu'elle ne dispose encore des fonds nécessaires. En matière d'action spéciale, l'Administration des finances estime que la Suisse pourrait fournir la part qui lui incombe par le biais d'un allégement de créances publiques que nous détenons envers certaines catégories de pays en développement; la possibilité d'une contribution au Trust Fund méritant d'être étudiée de plus près. Le choix devant en dernier lieu se faire dans la perspective des effets sur la votation du 12 juin.

M. Jolles a mentionné qu'au cas où une réserve de la Suisse sur l'aide publique au développement serait nécessaire, elle devrait être formulée de telle sorte qu'elle ne réponde non seulement à nos préoccupations de politique intérieure mais également extérieure. Il a été reconnu que la réserve ne devrait pas faire état de la votation du 12 juin. Elle pourrait se référer à notre système de démocratie référendaire qui ne nous permet pas de souscrire à certains engagements internationaux dont les autorités suisses reconnaissent cependant l'utilité. La Suisse ne saurait formuler une réserve portant à la fois sur le 0,7 % et sur l'action spéciale. Elle devrait plutôt prouver sa solidarité en acceptant de s'associer à cette dernière.

Les membres de la Délégation économique permanente ont mis en exergue l'importance, au sein de notre Administration, d'un langage commun vis-à-vis de décisions publiées par la presse avant la phase finale de la CCEI et qui pourraient laisser entrevoir que la Suisse serait prête à accepter des

prestations financières à la réunion ministérielle (p. ex. décisions des Communautés européennes et du Sommet économique touchant à l'action spéciale).

3.5. Promotion et protection des investissements privés dans les pays en développement

De l'avis du Vorort (M. Jetzer) il est important d'avoir dans le "paquet final" de la CCEI un chapitre sur la protection des investissements. M. Jetzer a notamment indiqué qu'en raison des incertitudes économiques grandissantes dans les pays industrialisés, les entreprises se montrent de plus en plus prudentes en matière d'investissements dans les pays en développement. M. Jetzer a ajouté que le projet préparé par la délégation suisse à la CCEI était conforme à la ligne suivie jusqu'à maintenant par la Suisse. Le Vorort a par ailleurs précisé que les dispositions portant sur le comportement des gouvernements hôtes vis-à-vis des investisseurs étrangers ne devraient pas mettre en cause la portée de nos accords bilatéraux auxquels l'industrie suisse attache une importance primordiale.

3.6. Commerce entre pays industrialisés et pays en développement

M. Dunkel a rendu attentif les participants sur le fait qu'à la CCEI il s'agissait soit d'accepter les idées contenues dans la proposition suisse (annexée à la note du 29 avril) soit de se limiter à reprendre les formules de la Déclaration de Tokyo. La discussion s'est concentrée sur le paragraphe 4 du projet suisse, qui dans son ensemble a été bien accueilli. Tout en soulignant le bien-fondé et l'utilité de l'idée d'une "adaptation équitable et progressive des mesures différenciées...", le groupe s'est néanmoins demandé si la rédaction du paragraphe 4 n'était pas quelque peu ambiguë.

3.7. Industrialisation

M. Jolles a indiqué qu'à Paris les pays industrialisés étaient prêts à accepter la proposition de prendre des mesures gouvernementales de restructuration alors que la Suisse était en faveur d'une restructuration qui s'opère par les seules forces du marché.

3.8. Transferts de technologies

La discussion a confirmé que l'industrie suisse serait prête à adopter une attitude libérale dans ce domaine pour autant qu'elle reçoive une rémunération équitable de ses prestations. Le Vorort a confirmé la nécessité pour les entreprises suisses de procéder dans certains cas à des répartitions de marchés. Il a en outre souligné l'importance d'un renforcement de la protection des droits intellectuels.

5 mai 1977
Jag/Ri/Pn